

An alle Jagdausübungsberechtigten und Jäger,
welche ihren Jagdbezirk im
Zuständigkeitsbereich der Stadt Gera besitzen
und nutzen,

STADTVERWALTUNG

Ihr Ansprechpartner: Frau Werner
Bereich: Ordnungsamt
Abteilung: Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt
Sitz: Gagarinstraße 68, 07545 Gera
Zimmer: 010
Telefon: 0365 838 3571
Fax.: 0365 838 3575
E-Mail: veterinaerdienst@gera.de
Aktenzeichen: 53395231/2021
Datum: 01. November 2021

Tierseuchenüberwachung

Vollzug der Verordnung (EU) 2016/429 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. März 2016 zu Tierseuchen und zur Änderung und Aufhebung einiger Rechtsakte im Bereich der Tiergesundheit („Tiergesundheitsrechtsakt“)

**hier: Anordnung des verstärkten Monitorings bei Wildschweinen zur Früherkennung der ASP sowie
Anordnung der Entsorgung von Tierischen Nebenprodukten (TNP) aus bestimmten Jagden**

Aufgrund des im Landkreis Meißen (Sachsen) am 13.10.2021 amtlich festgestellten Ausbruchs der Afrikanischen Schweinepest (ASP) beim Wildschwein erlässt das Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt der kreisfreien Stadt Gera (VLÜA Gera) folgende

Allgemeinverfügung:

1. In der kreisfreien Stadt Gera haben die Jagdausübungsberechtigten ab 15. November 2021 jedes verendet aufgefundene Wildschwein (**Fall- und Unfallwild**) sowie jedes **krank** erlegte Wildschwein unverzüglich unter konkreter Angabe des Fund- bzw. Erlegungsortes (sofern möglich GPS-Daten) beim VLÜA anzuzeigen.
2. Die Jagdausübungsberechtigten haben nach ihren Möglichkeiten bei der Kennzeichnung sowie bei der Bergung und Beseitigung der unter Punkt 1 genannten Tierkörper nach näherer Anweisung des VLÜA mitzuwirken oder die Durchführung

dieser Maßnahmen zu dulden. Das Aneignungsrecht nach § 1 Absatz 5 Bundesjagdgesetz bleibt unberührt.

3. Die Jagd ausübungsberechtigten in der kreisfreien Stadt Gera haben ab 15. November jedes gesund erlegte Wildschwein unverzüglich mit einer Wildmarke zu kennzeichnen, Blutproben für die Untersuchung auf ASP **gemäß Anlage 1** zu nehmen und den in **Anlage 2** beigefügten Untersuchungsauftrag „Wildtieruntersuchungen“ des TLV vollständig auszufüllen. Die Proben sind unverzüglich dem Kurierstützpunkt in der Gagarinstraße 68 07545 Gera zu übergeben.
4. Die Entsorgung sämtlicher, nicht für die Lebensmittelgewinnung verwendeter Reste des Tierkörpers (Aufbruch und die Schwarte inklusive des Schädels) von gesund erlegten Wildschweinen, die in der kreisfreien Stadt Gera anfallen, wird ab 15. November angeordnet. Das Vergraben / Zurücklassen im Wald ist somit ab sofort untersagt. Die Tierischen Nebenprodukte (TNP) sind auf dem Bauhof Gera, welcher sich in der Otto-Schott-Straße 5 befindet, in den bereitgestellten Container zu entsorgen. Über die Entsorgung ist das VLÜA unter 0365 8383571 zu informieren. Weitere Verwahrstellen können nach Prüfung errichtet werden. Die Standorte sind im VLÜA zu erfragen.
5. Die Anordnungen unter Punkt 3 und 4 sind befristet bis zum 31.01.2022. Es besteht der Vorbehalt der Verlängerung der Anordnung.
6. Die sofortige Vollziehung der getroffenen Festlegungen unter Ziffern 1 bis 4 wird angeordnet.
7. Der Widerruf bleibt vorbehalten.
8. Diese Allgemeinverfügung wird an dem auf die öffentliche Bekanntmachung folgenden Tag wirksam.
9. Die Verfügung ergeht kostenfrei.

Gründe:

I.

Im Landkreis Meißen wurden im Bereich der Gemeinde Radeburg Mitte Oktober 2021 Wildschweine bei einer Jagd erlegt. Bei der virologischen Untersuchung dieses Wildes wurde mit dem Befund des FLI am 13.10.2021 die Afrikanische Schweinepest bei einem der genannten Wildschweine nachgewiesen. Weiterhin wurde am 19.10.2021 bei einem verendet aufgefundenem Wildschwein in unmittelbare Nähe zum Erlegungsort des ersten ASP-Virus-positiven Wildschweines ebenfalls ASP-Virus nachgewiesen und bestätigt.

Damit beträgt die Entfernung vom nächstgelegenen Ausbruch bis zur Thüringer Landesgrenze weniger als 100 km. Detaillierte Erkenntnisse zur räumlichen Verbreitung der Infektion im Umkreis um den Fundort bzw. Erlegungsort der positiv beprobten Wildschweine liegen aktuell nicht vor. Ein weiteres Fortschreiten der Infektion in westlicher Richtung kann nicht sicher ausgeschlossen werden, die Maßnahmen zur Früherkennung eines Eintrags in das Thüringer Gebiet sind somit anzupassen.

II.

Das VLÜA Gera ist sachlich und örtlich für den Vollzug des europäischen und deutschen Tierseuchenrechtes und den Erlass dieser Allgemeinverfügung zuständig. Die sachliche Zuständigkeit richtet sich nach den Vorgaben des § 1 Abs. 2 i. V. m. § 1 Abs. 1 Nr. 3 Thüringer Ausführungsgesetz zum Tiergesundheitsgesetz (ThürTierGesG). Die örtliche Zuständigkeit ergibt sich aus § 3 Abs. 1 Nr. 4 ThürVwVfG.

Der Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest (ASP) war auf Grundlage der am 13.10.2021 bzw. am 19.10.2021 positiv getesteten Wildschweine gemäß Definition unter Artikel 9 Absatz 2 Buchstabe b) der Verordnung (EU) Nr. 2020/689 in der aktuell gültigen Fassung amtlich festzustellen. Eine Infektion weiterer Tiere in der näheren oder weiteren Umgebung des Fundortes bzw. des Erlegungsortes kann momentan nicht ausgeschlossen werden. Die Weiterverbreitung des Erregers durch Tierbewegungen innerhalb der Wildschweinepopulation ist ebenso wie durch fahrlässiges menschliches Handeln möglich.

Bei der Afrikanischen Schweinepest handelt es sich um eine therapieresistente, für Schweine ansteckende und gefährliche Viruserkrankung, die neben direkten Tierverlusten – sowohl im Wild- als auch im Hauschweinebereich – vor allem hohe wirtschaftliche Einbußen für alle Schweinehaltungen durch Handelsrestriktionen verursacht. Die erfolgreiche Bekämpfung hängt unmittelbar davon ab, dass ein Neueintrag der Infektion in ein Gebiet sehr schnell erkannt und eine Weiterverbreitung effektiv eingedämmt wird. Die Maßnahmen zur Früherkennung müssen entsprechend intensiviert werden.

Zu Ziffer 1 bis 4

Gemäß Artikel 269 Absatz 1 Buchstabe c) kann der Mitgliedstaat zum Zwecke der Überwachung nationale Maßnahmen erlassen, die über die Vorgaben des Europäischen Tiergesundheitsrechtes hinausgehen. Die nationalen Rechtsvorschriften im Zusammenhang mit der ASP-Prävention und -Bekämpfung, soweit sie nicht vom unmittelbar geltenden EU-Recht überlagert werden, finden sich in der Schweinepestverordnung in der derzeit gültigen Fassung.

Die Anordnung erfolgt aufgrund der aktuellen ASP-Seuchenlage bei Wildschweinen in Sachsen und zum Schutz der Thüringer Landwirtschaft ebenso wie der Gesundheit des Thüringer Schwarzwildbestandes.

Die Maßnahmen sind erforderlich und geeignet, um die Ausbreitung des Virus frühzeitig zu erkennen und einzuschränken sowie insbesondere die Hausschweinebestände vor einem Eintrag des Erregers zu schützen. Sie stellen auch das mildeste Mittel dar, welches der zuständigen Behörde zur Erfüllung ihrer Aufgabe zur Verfügung steht und die betroffenen Personen nicht über Gebühr belastet. Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit ist gewahrt.

Zu Nr. 1 und 2

Die unter Ziffern 1 und 2 angeordneten Maßnahmen ergeben sich aus der Verpflichtung für die zuständige Behörde gemäß Artikel 26 auch in Verbindung mit Art. 27 der Verordnung (EU) Nr. 2016/429 eine Überwachung zur Feststellung des Auftretens gelisteter Seuchen – zu denen die ASP gehört – durchzuführen.

Eine effektive Früherkennung kann v. a. durch das Auffinden, die Meldung und daraus resultierenden gezielten Untersuchung von Falltieren gewährleistet werden. Hier sind sowohl im Revier gefundene Wildschweinkadaver, wie auch verunfallte Wildschweine, sowie krank erlegte Tiere, Indikatortiere, von denen in jedem Fall Proben zu gewinnen sind.

Da der Fundort im Falle eines Virusnachweises Ausgangspunkt zur Festlegung aller Sperrzonen gemäß Art. 70 i. V. m. Art. 60 Satz 1 Buchst. b und Art. 64 der Verordnung (EU) 2016/429 sowie Art. 63 der Delegierten Verordnung (EU) 2020/687 und Art. 3 Satz 1 Buchstabe b des Durchführungsbeschlusses (EU) 2021/605 ist, ist die korrekte Erfassung des Einzeltieres inklusive der Beschreibung / der Koordinaten der Fundstelle von zentraler Bedeutung, um angemessene Restriktionen gewährleisten zu können.

Gemäß der Definition des Artikels 4 Nr. 24 der Verordnung (EU) Nr. 2016/429 ist jeder Jagdausübungsberechtigte / Jäger auch „Unternehmer“ im Sinne des Europäischen Tiergesundheitsrechtes und als solcher gemäß Artikel 10 Abs. 5 der genannten Verordnung verpflichtet, mit den zuständigen Stellen im Rahmen der Seuchenprävention- und Bekämpfung zusammenzuarbeiten.

Das Aneignungsrecht der Jagdausübungsberechtigten bleibt von der Anordnung ausdrücklich unberührt.

Zu Nr. 3

Zusätzlich zum unter Nr. 1 angeordneten passiven Monitoring wird –auch unter Berücksichtigung der Tatsache, dass in Sachsen inzwischen bei zwei gesunden erlegten Tieren das ASP-Virus nachgewiesen wurde– ergänzend ein aktives Monitoring aus Blutproben angeordnet.

Gemäß Artikel 27 der Verordnung (EU) Nr. 2016/429 ist die Überwachung durch die zuständige Behörde so zu gestalten, dass dabei das Seuchenprofil und eventuelle Risikofaktoren berücksichtigt werden. Dieser Vorgabe wird durch die Anordnung in Nr. 3 des Tenors Rechnung getragen.

Zu Nr. 4

Wild unterliegt gemäß Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe a) der Verordnung (EG) Nr. 1069/2009 nicht dem Tierische-Nebenprodukte-Beseitigungsrecht, so lange kein Verdacht auf das Vorliegen einer auf Mensch oder Tier übertragbaren Krankheit besteht. Sofern dieser Verdacht nicht ausgeschlossen werden kann, wird Wild zu Material der Kategorie 1 gemäß Artikel 8 Buchstabe a) v) der genannten Verordnung und somit grundsätzlich beseitigungspflichtig nach Artikel 12 der Verordnung (EG) Nr. 1069/2009 und § 3 Nr. 1 des Tierische Nebenprodukte Beseitigungsgesetzes (TierNebG). Mit dieser Anordnung wird die Entsorgung von Aufbruch etc. im Wald durch Vergraben oder ähnliche jagdliche Praktiken zu einer Ordnungswidrigkeit nach § 14 Absatz 1 Nr. 3 TierNebG.

Durch den Nachweis der ASP in relativer räumlicher Nähe zu Thüringen und unter Berücksichtigung von Wanderungsbewegungen sowie der Möglichkeit der fahrlässigen Seuchenverschleppung durch menschliches Handeln ist eine bereits erfolgte Infektion auch der Thüringer und der Stadt Gera zugehörigen Wildschweinpopulation nicht auszuschließen. Die Definition des Artikels 8 Buchstabe a) v) Verordnung (EG) Nr. 1069/2009 ist somit anzuwenden.

Die Anordnung der Entsorgung ergeht auf Grundlage § 3a Nr. 4 der Schweinepestverordnung in der derzeit gültigen Fassung in Verbindung mit Art. 10 Absatz 5 und Art. 70 der Verordnung (EU) 2016/429 sowie § 38 Abs. 11 i.V.m. § 6 Abs. 1 Nr. 13 des Tiergesundheitsgesetzes (TierGesG) in der aktuellen Fassung. Die zuständige Behörde kann auf dieser Ermächtigungsgrundlage Regelungen treffen bezüglich der unschädlichen Beseitigung von toten Tieren oder Teilen von Tieren.

Mit der amtlichen Anordnung der Entsorgung entsteht für das Land Thüringen eine Verpflichtung zur Übernahme der Kosten (§ 4 Abs. 1 Satz 2 und 3 ThürTierNebG). Aus diesem

Grunde muss ein entsprechender Informationsfluss gewährleistet sein. Der Unternehmer hat hier im Rahmen seiner Mitwirkungspflicht beizutragen, indem er das zuständige VLÜA über den Anfall von Tierischen Nebenprodukten (TNP) informiert, damit dieses die Entsorgung beauftragen und die Kosten geltend machen kann.

Zu Nr. 5

Die Befristung beruht auf § 36 Abs. 2 Nr. 1 Thür VwVfG. Die Anordnungen unter Nr. 3, 4 und 5 erfolgen risikobasiert. Die Jagd auf Wildschweine kann ganzjährig erfolgen, wobei die Hauptjagdzeit zwischen September und Januar liegt. In dieser Zeit ist der größte Anteil an geschossenen Wildschweinen zu erwarten. Daher werden die angeordneten Maßnahmen vorerst bis zum 31.01.2022 befristet. Nach einer Bewertung der epidemiologischen Lage wird risikobasiert über die Fortführung der Maßnahmen entschieden.

Zu Nr. 6

Für die Anordnungen unter den Ziffern 1 bis 4 des Tenors dieser Allgemeinverfügung wird die sofortige Vollziehung nach § 80 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) angeordnet.

Die sofortige Vollziehung liegt im öffentlichen Interesse, da es sich bei der Afrikanischen Schweinepest um eine therapieresistente, für Schweine ansteckende und gefährliche Tierseuche handelt, die mit hohen wirtschaftlichen Verlusten und Handelssanktionen einhergeht. Die Maßnahmen zum Schutz vor einer Verschleppung der Seuche müssen daher sofort greifen. Ein Abwarten von verwaltungsgerichtlichen Entscheidungen ggf. über mehrere Instanzen ist in dieser bestehenden Gefahrensituation für die öffentliche Sicherheit nicht zumutbar. Insofern überwiegt das öffentliche Interesse an der sofortigen Vollziehung einem entgegenstehenden privaten Interesse an der aufschiebenden Wirkung eines Widerspruchs.

Zu Nr. 7

Der Widerrufsvorbehalt beruht auf § 36 Abs. 2 Nr. 3 ThürVwVfG. Die Tierseuchensituation unterliegt einer andauernden Prüfung und Bewertung. Auf deren Grundlage wird über die Fortführung oder einer Aufhebung der Maßnahmen entschieden.

Zu Nr. 8

Die Allgemeinverfügung wird mit Bekanntgabe wirksam (§ 42 Abs. 1 ThürVwVfG). Bezüglich der erforderlichen Bekanntmachung der Allgemeinverfügung wurde gemäß § 41 Abs. 4 Satz 4 ThürVwVfG ein von § 41 Abs. 4 Satz 3 ThürVwVfG abweichender Tag, der auf die

Bekanntmachung folgende Tag, bestimmt. Von dieser Ermächtigung wurde Gebrauch gemacht, da die tierseuchenrechtliche Verfügung keinen Aufschub duldet. Diese Allgemeinverfügung wird auf der Grundlage des § 41 Abs. 3 Satz 2 ThürVwVfG öffentlich bekannt gegeben. Dabei war zu berücksichtigen, dass der Adressatenkreis so groß ist, dass er, bezogen auf Zeit und Zweck der Regelung, vernünftigerweise nicht in Form einer Einzelbekanntgabe angesprochen werden kann. Von einer Anhörung wurde gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 4 ThürVwVfG abgesehen. Im Rahmen der Ermessensentscheidung war zu berücksichtigen, dass bei der vorliegenden Sachlage die Anhörung der Betroffenen nicht zu einer anderen Beurteilung der Dinge geführt hätte.

Zu Nr. 8

Die Kostenentscheidung ergibt sich aus § 28 Nr. 1 ThürTierGesG.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Dieser kann schriftlich oder zur Niederschrift beim Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt in der Gagarinstraße 68 07545 Gera eingelegt werden. Der Widerspruch kann auch mittels Ihrer DE-Mail mit Absenderbestätigung im Sinne des §5 Abs. 5 DE-Mail-Gesetz an die DE-Mail-Adresse infoociera.de-mail.de erhoben werden. Die Einlegung des Widerspruchs mittels einfacher E-Mail genügt zur Fristwahrung nicht.

Anlage 1: Untersuchungsauftrag Wildtieruntersuchungen des TLV

Anlage 2: Anleitung zur Blutprobenahme

Hinweise:

A. Der vollständige Inhalt der Allgemeinverfügung kann auf der Internetseite der Stadt Gera unter www.gera.de sowie zu den Geschäftszeiten beim Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt Gagarinstraße 68 07545 Gera eingesehen werden.

B. Vorgenannte Festlegungen gelten für alle in der örtlichen Zuständigkeit des VLÜA jagdlich aktiven Personen.

C. Hinweise zur Erfassung der Koordinaten finden Sie im Merkblatt „online manuelle Koordinaten“, dieses wurde den Jäger zugeschickt und ist unter www.gera.de einsehbar.

D. Für die Tätigkeiten nach Nr. 1 bis 4 wird eine Aufwandsentschädigung gewährt. Diese richtet sich nach den Festlegungen des Thüringer Landesamtes für Verbraucherschutz (TLV), Auskünfte zur Höhe erhalten Sie aus unserem Anschreiben an die Jäger sowie beim Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt der Stadt Gera.

E. Gemäß § 37 TierGesG hat die Anfechtung bestimmter Anordnungen zum Zwecke der Tierseuchenbekämpfung keine aufschiebende Wirkung. Mit dieser Regelung bringt der Gesetzgeber seinen Willen zum Ausdruck, dass die Anfechtung bestimmter Maßnahmen auf dem Gebiet der Tierseuchenbekämpfung zu keiner aufschiebenden Wirkung führen darf. Der Grund liegt in der Eilbedürftigkeit dieser Maßnahmen im Sinne einer effektiven Tierseuchenbekämpfung. Für die Gewährleistung einer effektiven Tierseuchenbekämpfung muss jedoch auch für einzelne Maßnahmen, die nicht in dem Katalog des § 37 TierGesG genannt sind, die aber im Zusammenhang mit diesen Tierseuchenbekämpfungsmaßnahmen stehen und unerlässlich sind, der sofortige Vollzug nach allgemeinen verwaltungsrechtlichen Vorschriften angeordnet werden.

F. Zuwiderhandlungen gegen diese Verfügung und die in den Hinweisen genannten Vorschriften der Schweinepest-Verordnung stellen Ordnungswidrigkeiten im Sinne von § 32 TierGesG bzw. nach § 14 Absatz 1 Nr. 3 TierNebG dar und können mit einem Bußgeld in Höhe von bis zu 30.000 Euro geahndet werden.


Dr. Stephan Grimm

Abteilungsleiter/Amtstierarzt

